

(Folien 1 + 2) Ein normales Jahr in Griechenland - Streik- und Aktionschronik 24:

28. Februar: Generalstreik als Erinnerung an Eisenbahnunglück bei Tempi mit 54 Toten; zahlreiche Kundgebungen in mehreren Städten. Athen: zehntausende Menschen auf den Straßen. Eisenbahner, Mitarbeiter des Athener Nahverkehrs, Seeleute, Lehrer, Bankangestellte, Justizbeamte sowie Krankenhauspersonal beteiligt. Taxifahrer traten schon am **27.2.** auf die Bremsen. Ebenfalls dabei: viele Studierende und Uni-Lehrpersonal, Protest gegen Uni-Privatisierung; Fluglotsenteilnahme per Gerichtsbescheid untersagt. Krankenhauspersonal fordert: Verdoppelung der staatlichen Finanzierung für das Gesundheitswesen! 3.000 Planstellen weniger besetzt als 2023.

16.4.: Ausstand der Journalisten

(F 3) 17.4.: Generalstreik durch Dachgewerkschaft der Privatangestellten. Athen: mehr als 6.000 auf den Straßen, für höhere Löhne + Rahmentarifverträge. Auch dabei: Angestellte im öffentlichen Dienst, Krankenhausärzte, Beamte in Ministerien, Angestellte an den Universitäten sowie Lehrer. Viele Nahverkehrsmittel in Athen lahmgelegt. Bus- und Taxifahrer legten stundenweise Arbeit nieder. Eine Hauptforderung: „Rückkehr der Privatwirtschaft und des Arbeitsmarktes zur Normalität“.

21.5.: Arbeitsniederlegung durch Dachgewerkschaft Öffentlicher Dienst; Protest: nur Lohnerhöhungen von 38 bis 42 Euro angekündigt, Direktorenbezüge bis zu 76 % angehoben. Mitarbeiter in Bereichen Bildung, Sozialversicherung und vieler anderer Sparten beteiligt, auch die Ärzte öffentlicher Krankenhäuser, obwohl nicht in der aufrufenden Gewerkschaft organisiert.

(F 4) 4.9.: Lehrerverbände demonstrierten vor Bildungsministerium, Polizei gegen sie gewalttätig
26.9.: Streik der Lokführer und Bahnarbeiter

5.10.: Lehrerverbände demonstrierten erneut vor Ministerium. Lehrer: größtes Problem seien niedrige Löhne in Verbindung mit hohen Preisen und vor allem mit teuren Mieten

10.10.: Lokführer- und Bahnarbeiterstreik vom Gericht untersagt. Hauptziel Sicherheit: Schienen müssten gewartet, „natürliche Hindernisse“ frühzeitig von Schienen geräumt, neue Züge beschafft werden.

22., 23.10.: Streik der Seeleute in Häfen und auf Fähren. Gehaltserhöhungen von 12 % gefordert.

(F 5) 23.10.: Streik in Gastronomie und Tourismussektor. Müssen durchschnittlich über 5 Monate im Jahr 15 Stunden an sieben Tagen pro Woche arbeiten. Dafür etwa 1.200 Euro monatlich; damit müssen sie dann praktisch das ganze Jahr über auskommen. Vor der Finanzkrise zumindest 5 Monate Arbeitslosengeld, derzeit nur noch 3. Mit Streik Rechte aus Vorkrisenzeit zurück!

4.11.: die Schüler demonstrierten und forderten eine bessere Bildung.

20.11.: Gemeinsamer Generalstreik der Dachgewerkschaften Öffentlicher Dienst und Privatangestellten – auch für 12 % und neue Rahmentarifverträge. Streikende Lehrer erklärten, dass ihre Gehälter seit der Finanzkrise Kaufkraftverluste in Höhe von 60 % erlitten hätten.

(F 6) FR: „Im ganzen Land ging nicht viel: Fähren blieben in den Häfen vertäut, der öffentl. Nahverkehr setzte seinen Betrieb zu den Stoßzeiten aus u. nahm die Arbeit nur wieder auf, um Demonstranten in die Stadtzentren zu bringen. Schulen u. Kitas blieben ebenso geschlossen wie Ämter, Behörden und Banken, die staatl. Krankenhäuser stellten lediglich einen Dienst für Notfälle bereit.“

(F 7) Griechenland-Zeitung: „Bereits auf dem Weg ins Athener Zentrum wirken die Straßen der Hauptstadt ungewöhnlich ruhig. Ein Café in meinem Viertel, in dem normalerweise viele Menschen ihren Morgenkaffee genießen, ist regelrecht leer. An der Tür ist ein Schild: „Geschlossen wegen des Streiks.“ ... Der ... Generalstreik steht im Kontext von Arbeitskämpfen, die bereits seit Monaten anhalten ... Bereits im Oktober gab es Streikwellen im Bildungs- und Gesundheitswesen. Diese waren auch eine Reaktion auf ein Vorantreiben der Privatisierung durch die Regierung im öffentlichen Gesundheitswesen und in den öffentlichen Schulen. Erst am 12.11. protestierten die Belegschaften ... (zweier) Kinderkliniken ... gegen einen Gesetzesentwurf, auf dessen Basis die Privatisierung und Auslagerung des Kinderonkologie-Flügels sowie der geplante Austausch der Reinigungskräfte durch eine private Firma ermöglicht werden soll. ...Außerdem erinnere ich mich an Bilder von Athener Saison-Feuerwehrlenten, die in den sozialen Medien seit Monaten die Runde machen: Sie protestierten gegen ihre Kündigungen ... Dabei besetzten sie zeitweise auch den Eingang des Ministeriums für Verwaltungsreform ... Auch an Videoaufnahmen von dutzenden griechischen Hafentarifarbeitern in Piräus, die Lastkraftwagen mit Waffenlieferungen nach Israel

blockierten, gingen durch die Sozialen Medien. Die Hauptstraße ist voller Menschen.... (Es) werden palästinensische Fahnen geschwenkt, auf selbstgemalten Transparenten stehen Sprüche wie: „Feministische und Anti-Kriegs-Kämpfe – Wir stehen hinter Palästina“.

(F 8) 21., 22.11.: Reinigungskräfte in öffentlichen Schulen auf den Barrikaden.

22.11.: Rentner-Demo in Athen, weil fast die Hälfte von ihnen mit rd. 700 Euro oder weniger auskommen muss. Neben Rentenerhöhung forderten sie eine kostenlose Gesundheitsversorgung.

Ab November: Anwälte begannen, Gerichtsverfahren, die überschuldete bzw. verarmte Haushalte betreffen, zu boykottieren.

Die Aufzählung ist unvollständig. Die großen politischen Demos, zum Beispiel zum Tag des Widerstands der Studenten gegen die Obristenherrschaft (Allein in Athen beteiligten sich in diesem Jahr 25.000 – 40.000; es sei die größte Massenkundgebung der letzten Jahre gewesen.) oder zum Ochi-Tag – Tag des Neins –, habe ich gar nicht berücksichtigt. Trotzdem eine eindrucksvolle Liste des Widerstands – vor dem Hintergrund, dass nach Lohnkürzungen und tausend Niederlagen nur noch ca. 4 % der Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert sind und die EU-Normalität für Griechenland nicht mehr gilt. Rückkehr zur Normalität hieße hier u.a., dass die durch die EU erzwungenen Streichungen von Rahmentarifverträgen aufgehoben und Tarifverträge wieder an die Stelle individueller Arbeitsverträge treten würden, das Streikrecht wieder voll hergestellt und die Arbeitswoche wieder 40 Stunden dauern würde.

(F 9) Denn gegenwärtig arbeiten im Durchschnitt, also unter Einberechnung von Vollzeit- UND Teilzeitbeschäftigung, griechische Frauen 39,3 Arbeitsstunden pro Woche und griechische Männer 42,5 Stunden - EU-Spitzenwerte. In Deutschland beträgt der Durchschnittswert 34 Stunden. Viele haben die Hoffnung verloren, dass in Griechenland noch Verbesserungen durchgesetzt werden könnten. Von 2010 bis 2022 verließen fast 1.080.000 Menschen zwischen 15 und 64 Jahren das Land. Nach dem Ende der Finanzkrise gingen die Auswandererzahlen zwar etwas zurück, ein Teil kehrte zurück, vor allem junge Menschen verlassen jedoch weiterhin die Heimat: Ca. 161.000 Personen im Alter von 25 bis 44 Jahren zwischen 2019 und 2022.

Die gegenwärtige Lage ist das Ergebnis der Niederlage der europäischen Linken gegenüber der EU-Austeritätspolitik

(F 10) Für die relativ große Bereitschaft zum widerständigem Verhalten in der Bevölkerung gibt es keine angemessene Entsprechung im politischen Raum. Die Erfahrungen der SYRIZA-Regierungszeit wirken bis heute nach. Die damalige Regierung konnte der Austeritätspolitik der EU-Spitze und der Banken nichts entgegensetzen. Die europäische Linke brachte keine Solidarität und praktische Unterstützung zustande. Und so musste SYRIZA das Land aussichtslos verschulden, Renten kürzen, Steuern, Gebühren und Selbstzahlungen erhöhen, Geltung von Tarifverträgen außer Kraft setzen, privatisieren - und das Nein des Referendums 2015 zur EU-Kürzungs-Politik in ihr Gegenteil verkehren. Die Einkommen sanken um ein Drittel, Sozialsysteme brachen zusammen – und die Linken befahl Hoffnungslosigkeit und Resignation, aus der sie sich bis heute nicht mit einer neuen Perspektive herausgearbeitet haben.

Man zerlegte sich – Varoufakis trat mit MERA25 an, SYRIZA-Abspaltungen wie die Neue Linke versuchten ihr Glück. Sie scheiterten zuletzt in der Europa-Wahl am 09.06.24 allesamt an der 3 %-Hürde. Die Leute nehmen den Linken ihre Versprechungen nicht mehr ab – hatten die Linken früher regelmäßig die Mehrheit errungen, so hieß das Ergebnis nun: SYRIZA unter 15 %, die neuerwachte PASOK 12,8 %. Die Regierungspartei Nea Dimokratia konnte davon aber nicht profitieren: Ihr Anteil sank von 33 auf 28,3%. Gewinner sind die ganz Rechten und Populisten: die rechtsradikale „Griechische Lösung“ („Elliniki Lysi“) stieg von 4 auf 9,3 %, eine Partei des rechtskonservativen Randes, „Sieg“ („Niki“), erhielt im ersten Anlauf 4,4 %, die linksnationalistische und populistische Partei „Kurs der Freiheit“ („Plevsi Eleftherias“) kam auf 3,4 %, und achte griechische Kraft im EU-Parlament ist die bisher kaum bekannte „Stimme der Logik“ („Foni Logikis“) mit 3 %. Und noch eine legte zu: die KKE, sie steigerte sich von 5,4 auf 9,2 %. Wie uns ein Arzt in Korinth berichtete, kam sie zu SYRIZA-Hochzeiten nur auf 3 % - verweigerte sie sich doch einer Koalition und jeglicher Zusammenarbeit. Doch nun liegt sie bei ca. 10 % - und zwar, weil hauptsächlich junge Leute in ihr die einzige grundsätzliche Alternative sehen.

Wie sehr die Hoffnung und das Vertrauen in eine positive Regierungspolitik geschwunden sind, sieht man auch an der Wahlbeteiligung: Sie sank auf 41,4 %.

(F 11) Inzwischen muss die Nea Demokratia sogar um ihre Mehrheit im Athener Parlament fürchten. Es sind ihre eigenen Abgeordneten, die sie in Gefahr bringen. Die Griechenland-Zeitung kommentiert: „Bezeichnend ist der Fall des langjährigen Abgeordneten und ehemaligen Staatssekretärs ... Salmas, der ... aus der ND-Fraktion ausgeschlossen wurde, nachdem er der Regierung Volksferne und Vetternwirtschaft vorgeworfen hatte. Derartige interne Kritik wiegt derzeit schwerer als alles, was die kopflosen SYRIZA- und PASOK-Parteien in die politische Waagschale zu werfen vermögen. Die einzige reale Gefahr für die Regierung kommt nämlich nicht von der Linken, sondern von der Rechten, wo sich mittlerweile eine Fülle von Kleinparteien tummelt, die bald in der Lage sein könnten, Premierminister ... Mitsotakis genug Abgeordnete und Wähler abzuwerben, um seine absolute Mehrheit in Gefahr zu bringen.“

Denn SYRIZA hatte sich weiter zerlegt. Bei einer fragwürdigen Mitgliederabstimmung hatte ein völlig unfähiger US-Banker den Vorsitz errungen, der nur Populismus, aber nicht linke Politik konnte. Die Leute traten reihenweise aus, der Fraktionsstatus war in Gefahr und ist inzwischen verloren – bis ihm schließlich das ZK das Vertrauen entzog. Zur neuen Vorsitzenden wurde kürzlich Sokratis Famellos von 49,41 % der Mitglieder gewählt, ein Lokal- und Umweltpolitiker. In den Umfragen sackte SYRIZA auf den 5. Platz ab. Hierzu noch mal die Griechenland Zeitung: „In Anbetracht dieser Lage nimmt die Opposition gegen die Regierung zunehmend andere Ausdrucksformen an. Die deutlichste davon konnte man bei einem großen Protestkonzert am 11.10. in Athen mitverfolgen, durch das die Anwaltskosten der Familien der Todesopfer des Zugunglücks bei Tempe ... mitfinanziert werden sollen. Solidarität mit den Hinterbliebenen war für viele Menschen im ... Stadion wohl nur der Anlass. Das eigentliche Motiv dürfte eine tiefe Enttäuschung, vielleicht auch dumpfe Wut angesichts der gesamten politischen Konstellation gewesen sein.“

(F 12) Soziale Lage

Premierminister Mitsotakis selber hatte als Ursache für das schwache Wahlergebnis soziale Gründe angegeben: Vor allem die Teuerung und dass man in den Notaufnahmen der Krankenhäuser mit einer Wartezeit von sechs Stunden rechnen müsse. Damit hatte er zwei Themen angesprochen, die den Leuten auf den Nägeln brennen:

- Obwohl die griechische Wirtschaft 2023 um 2 % wuchs, belegen OECD-Daten, dass das Einkommen weiter abnimmt. Der Verbraucherpreisindex für Lebensmittel stieg um 31,5% in den letzten zwei Jahren, Miet- und Stromkosten explodieren ebenfalls (6-9 %).
- An dem hohen Preisniveau ist auch der Staat beteiligt: Er langt mit einer MwSt. von bis zu 24 % und anderen indirekten Steuern zu – ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt beträgt 17,4 %, gegenüber 13,4 % in der Eurozone.
- Dabei verfügen 6 von 10 Haushalten über ein Einkommen, das nur für 19 Tage im Monat ausreicht. Mehr als 1 von 2 Haushalten gab an, dass sie dann Abstriche machen müssen, um das Nötigste bezahlen zu können.

(F 13) - Der durchschnittliche Lohn lag 2023 bei gerade mal 1.251 Euro – brutto, bei Preisen ungefähr wie in Deutschland. Die Reallöhne liegen 27 % unter dem Niveau von 2010. Der Mindestlohn beträgt 830 Euro – brutto! Um über die Runden zu kommen, arbeiten in Griechenland viele Menschen in einem Zweitjob – oft schwarz. Bei jedem dritten neuen Job handelt es sich um Teilzeitarbeit, meist mit einem Lohn zwischen 300 und 400 Euro.

- Das hat fatale Folgen: Junge Menschen in Hellas verlassen ihre Elternhäuser im Durchschnitt mit 30,6 Jahren. Der europä. Durchschnitt liegt bei 26,3 Jahren. 46 % der jungen Leute in Hellas leben überdies in überbesetzten Wohnungen – in der Gesamtbevölkerung trifft das „nur“ auf 27,5 % zu.

(F 14) - Die Sozialklinik Thessaloniki fragt in einem Arbeitspapier rhetorisch, wie die Kosten für eine ein-fache Arthroplastik bezahlt werden sollen, wenn der Beitrag des Versicherten 900 Euro kostet, aber 4 von 10 Haushalten jetzt schon aus finanziellen Gründen die Behandlung eines medizinischen Problems hinauszögern. Das Sozialpraxisteam in Korinth wies uns darauf hin, dass man, wenn man Ärzte in einer privaten Praxis aufsuche oder z.B. Labordienste außerhalb des Krankenhauses benötige, immer privat bezahlen müsse. Auch in dem Fall, dass Menschen eine

Krankenversicherung haben, erstatte diese nicht viel von diesen Kosten. Zwar können viele Untersuchungen auch kostenlos im staatlichen Krankenhaus durchgeführt werden, aber da gibt es eben große Wartezeiten. Falls man zeitnah einen Arzt brauche, sei immer eine private Bezahlung notwendig. Und deshalb sind Wartezeiten im Krankenhaus eine eminent politische Frage. Private Zusatzkosten machten 2010 noch 28 Prozent der gesamten Gesundheitsausgaben aus, 2015 waren es bereits über 35 Prozent, und das hat sich bis heute nicht verringert. (nur Folie: Zum Vergleich: In Deutschland lagen die Selbstzahlungen 2015 bei 12,5 Prozent. 2020 mussten in Griechenland mehr als 35 % der stationären Behandlung privat bezahlt werden.) 36 % der Bevölkerung können sich keine ärztliche Untersuchung oder Behandlung mehr leisten.

(F 15) - Diejenigen, die Hilfe in einer kostenlosen medizinischen Versorgung in staatlichen Krankenhäusern suchen, werden neben den langen Wartezeiten oft sogar gebeten, ihre eigenen Medikamente mitzubringen, weil das Krankenhaus keine hat. Auch sonst ist dort Warten angesagt: Lt. der Sozialklinik Thessaloniki warteten im September 2023 102.634 Fälle auf eine Operation, davon 60% mehr als 6 Monate. Lt. einer Meldung aus Edessa im Oktober 23 waren in der Region zwischen 55 bis 65 Prozent der betreffenden Stellen in den staatlichen Krankenhäusern nicht besetzt. - Das wird von der Regierung zum Vorwand genommen, um die Privatisierung weiter voranzutreiben. In staatlichen Krankenhäusern soll der Abend jetzt für private Operationen freigemacht werden – wer privat zahlt, soll schneller drankommen. Ich zitiere weiter aus dem Arbeitspapier der Sozialklinik: „Die kontinuierliche Kürzung der Mittel im Bildungs- und Gesundheitswesen und die systematische Unterbesetzung – das staatliche Gesundheitswesen arbeitet derzeit mit weniger als 40 % seiner Kapazität - sind eine politische Entscheidung, die zum Zusammenbruch der öffentlichen Strukturen im Bildungs- und Gesundheitswesen führt, so dass die Lösung der Privatisierung als Einbahnstraße und der Markt als Heilsbringer dargestellt wird! Das Gleiche gilt für den Verkehr, die Energieressourcen, die Wälder, die Strände und das Wasser, da all diese sozialen Güter in die Hände von Großunternehmen und Investoren übergehen, so dass sie zu Konsumgütern werden und nicht mehr für alle Menschen zugänglich sind.“

(F 16) Ökonomie – Narrativ und Realität

Das britische Magazin „Economist“ verlieh Griechenland 2023 zum zweiten Mal in Folge das Prädikat „Beste Volkswirtschaft des Jahres“. Vor allem die Sanierung der Staatsfinanzen unter der konservativen Regierung gelte als vorbildlich. Damit liegt das Magazin im Trend – Regierungs- und EU-Spitzen sowie Medien überbieten sich im Lobgesang auf diese Regierung. Wäre die Lage nicht so ernst, könnte man das witzig finden. Beispiel Schulden: Zu Zeiten der SYRIZA-Regierung kaufte die EZB keine griechischen Anleihen auf, sodass Athen sich nicht auf dem Kapitalmarkt behelfen konnte. Heute behandelt die EZB die griechischen Anleihen wie alle anderen, und Athen verschuldet sich fleißig auf dem Kapitalmarkt – auch, um die Milliarden für die Aufrüstung gegen die Türkei aufzubringen. Zudem profitiert die Regierung massiv von den EU-Programmen, z. B. vom Fonds NextGenerationEU nach der Pandemie, der für Athen 17,4 Mrd. Euro an Zuschüssen und 12,7 Mrd. Euro an Darlehen vorsieht.

Ja, die Schuldenquote, der Anteil am Bruttosozialprodukt, ist gesunken – weil das Wachstum das Produkt vergrößert hat. Es sind aber immer noch 160 Prozent, die höchste Quote in der EU. Und absolut ist der Schuldenberg gewachsen: 2010 hatte der griechische Staat 326 Mrd. Euro Schulden, heute sind es 357 Mrd.! Zudem werden ab Dezember 2032 die bisher gestundeten Zinsen - bis dahin wohl rund 25 Mrd. Euro - auf die Schulden angerechnet. Dazu dräuen im Hintergrund noch die Zahlungsrückstände von Unternehmen und Freiberuflern gegenüber dem Fiskus und den Sozialkassen, die bis 2023 auf 108 Milliarden Euro angewachsen waren.

(F 17) Das Volumen der nicht bedienten Darlehen, die auf den Büchern der Geschäftsbanken lasten, ist zwar stark zurückgegangen – von 58 Mrd. Euro (2015) auf 8,9 Mrd. Euro (2022). Das ist aber vor allem darauf zurückzuführen, dass 33,4 Mrd. Euro dieser faulen Kredite an Drittkäufer mit Rabatt verkauft worden sind. Auf Wirtschaft und Hausbesitzer lasten somit real mehr als 42 Mrd. Euro an nicht bedienten Krediten.

Das internationale Lob von Kapitaleseite, das die Regierung einheimst, gründet sich auch auf die

zahlreichen Verkäufe von Staatseigentum, z. B. an Flughäfen und Autobahnen. Die hohen Mautgebühren verhindern aber, dass sie breit genutzt werden.

Nach der Beendigung der Troika-Herrschaft dereguliert die Regierung Mitsotakis weiter: Am 1. Juli 2024 trat die Sechs-Tage-Woche in Kraft. Die Betriebe dürfen bis zu zwei unbezahlte Überstunden pro Tag verlangen und im Gegenzug mehr Freizeit anbieten. Theoretisch ist das auf freiwilliger Basis, doch in vielen Betrieben werden Beschäftigte gezwungen, länger und ohne jeglichen Ausgleich zu arbeiten. Die Einhaltung des Arbeitsrechts wird selten von den Behörden kontrolliert, die immer weniger Personal haben. Und wenn der Unternehmer sich so entscheidet, muss auch am sechsten Tag gearbeitet werden. Dafür soll ein Zuschlag von 40 % des Tageslohns gezahlt werden.

(F 18) Boom und Übertourismus

Der größte Vorteil der Regierung der Nea Dimokratia ist sicher der Wirtschaftsaufschwung, der sich im Wesentlichen auf einen Touristenboom gründet. Zwar ist das griechische Bruttoinlandsprodukt immer noch 19 % geringer als 2007. Doch im ersten Quartal 2024 wuchs es mit 2,1 % mehr als dreimal so stark wie im EU-Durchschnitt – nach 2 % in 2023. (Nur Folie: Im zweiten Quartal erreichte es 2,3 %.) Die Arbeitslosenquote betrug im Juni 2024 9,5 % - der niedrigste Wert seit 2009.

2023 besuchten mehr als 30 Millionen ausländische Touristen das Land und brachten 28,5 Milliarden Euro an direkten Einnahmen. Das entspricht 13 % des Bruttoinlandsprodukts – der höchste EU-Wert. Und wenn man die indirekten Effekte einrechnet, sind es sogar gut 30 %. Noch eindrucksvoller ist der Beitrag zur Beschäftigung. Letztes Jahr arbeiteten bis zu 16,4 % der Beschäftigten im Tourismussektor. Dieser Anteil steigt auf gut 40 %, wenn man die indirekt generierte Beschäftigung einrechnet. Und in diesem Jahr dürften die Zahlen noch einmal übertroffen werden.

Doch der Boom führte zu einem Übertourismus: Auf den Hauptzielen der Touristen, den Inseln vor der türkischen Küste, sind sämtliche Indikatoren einer touristischen Übernutzung zu beobachten - (ich stütze mich im Folgenden auf die exzellente Recherche von Niels Kadritzke in *Le Monde diplomatique*): Überlastung der Infrastrukturen – vom Verkehrsnetz bis zur Gesundheitsversorgung – Wasserknappheit, Aufzehrung der Landschaft. Genehmigungen sind kein Problem, aber es wird auch völlig wild in die Gegend gebaut – noch jede Regierung – außer Syriza - hat solche Untaten amnestiert. Wehrt sich jemand dagegen, riskiert er viel – und hier zitiere ich Kadritzke wörtlich:

(F 19) Die Baumafia ist entschlossen und finanziell in der Lage, „schlecht bezahlte öffentliche Bedienstete zu korrumpieren. Und die wenn nötig noch weiter geht: Kommt ihr ein gesetzestreuer Staatsdiener in die Quere, kennt sie kein Pardon. Im März 2023 wurde ... (ein) für Mykonos zuständiger Archäologe ..., der pflichtgemäß einige illegale Bauvorhaben gestoppt hatte, in Athen auf offener Straße zusammengeschlagen. (Er) ... ist nicht auf seinen Posten zurückgekehrt. Sein Nachfolger wird sich gut überlegen, wie er sein Amt ausübt. Der Überfall auf den Archäologen erregte nationales Aufsehen. Aber er war nicht der einzige: „Jedes Jahr werden hier Leute verprügelt“, erzählte ein Kenner der Szene ... (einem) Reporter, „mal ein Gemeinderat, mal ein Notar, mal ein Restaurantbesitzer oder ein Bürger, der Beschwerde erhoben hat.“ (*Kathimerini* vom 3. April 2023) Noch härter werden Konkurrenzkämpfe ausgetragen. Im Juni dieses Jahres fiel ein ehemaliger Vermessungsingenieur, der dank seines topografischen Know-how ins Immobiliengeschäft eingestiegen war, einem Auftragsmord zum Opfer. Auftraggeber unbekannt, Tatmotiv offensichtlich.“

Der Mehrbedarf an Wasser ist nur aus zwei Quellen zu decken: Zum einen aus dem Grundwasser mittels Brunnen, die immer tiefer gebohrt werden müssen, zum anderen mittels Entsalzungsanlagen, die hohe Kosten wegen des enormen Energieaufwands für die Entsalzung verursachen.

Kadritzke urteilt: Das Fehlen gesetzlicher Vorgaben bedeutet, dass auf allen Inseln das Gesetz der freien Wildbahn in Kraft bleibt: Das Resultat ist die Zersiedlung ganzer Berghänge und Küstenstreifen. Auf der Insel Tinos zum Beispiel waren vor 20 Jahren gerade 3 Prozent der Inselfläche bebaute Grundstücke, heute sind es 20 Prozent.

(F 20) Allerdings hat diese Entwicklung bereits in den 1990er Jahren mit der ungehemmten Bebauung der Küstenregionen begonnen. Und die wurde von der Nachfrage der griechischen Mittelklasse getragen.

Massiv zugespitzt hat sich diese Entwicklung mit dem Siegeslauf von Airbnb: In ganzem Land gab es Ende Juni 2024 bereits 225 000 solcher Angebote mit über einer Million Betten – eine Zahl, die erstmals die Anzahl der Betten in Hotels und Pensionen übertrifft. Besonders stark konzentrieren sich diese Angebote in Athen, wo ganze Wohnblöcke im Stadtzentrum heute vorwiegend touristisch vermietet werden. Diese Entwicklung hat den Wohnungsmarkt der Metropolenregion trockengelegt. Mittlerweile sind Wohnungen für Langzeitmieter kaum mehr zu finden oder unbezahlbar geworden, was wiederum den Erwerb von Wohneigentum verteuert. Die Mitsotakis-Regierung sah sich im September 2024 gezwungen, für drei Bezirke im Athener Stadtzentrum ab Anfang 2025 ein Moratorium für neue Airbnb-Lizenzen zu verfügen und Zusatzsteuern zu erheben. Dabei sind solche Maßnahmen für die konservative Regierung nicht ohne Risiko. Denn sie trifft Zehntausende Eigentümer:innen von Zweitwohnungen, die schon immer als zusätzliche Einkommensquelle gedacht waren, etwa um ein schmales Gehalt oder eine bescheidene Rente aufzubessern. Wer durch kurzfristige Vermietung pro Jahr 15 000 Euro einnehmen kann, wird sich schwerlich überzeugen lassen, davon abzulassen.

(F 21) Expansion ist ein Grundzug des Übertourismus. Hat er ein Feld abgegrast – und womöglich verwüstet – wandert er weiter. Santorini und Mykonos verzeichnen bereits einen Abwärtstrend in den Besucherzahlen - ein Menetekel für die übrigen Inseln. Die Lösung der Regierung: Das Tourismus-Ministerium verkündete, dass Griechenland voll auf den weiteren Ausbau des Luxussegments setzen müsse. Statt Übertourismus touristische Enklaven für die Überreichen.

F 22 Klimakrise

Die Zerstörung natürlicher Landschaften durch Zersiedlung wird verstärkt durch die Klimakrise. Teilweise stiegen die Höchsttemperaturen in Griechenland 2024 auf 43 Grad. Seit 1960 sind die Juli-Durchschnittstemperaturen um 2,5 Grad gestiegen. Das östliche Mittelmeer ist vom Klimawandel besonders stark betroffen. Hier steigen die Temperaturen rund doppelt so stark wie im globalen Durchschnitt. Die zunehmende Hitze geht einher mit immer weniger Niederschlägen. Teile des Landes könnten sich in kommenden Jahrzehnten in wüstenähnliche Landschaften verwandeln. Diese Entwicklung begünstigt Brände. In Attika zum Beispiel, wo 40-50% der griechischen Bevölkerung leben, sind seit 2017 etwa 37 Prozent der Wälder – und 30% der Gesamtfläche - Bränden zum Opfer gefallen. Häufige Brände zerstören die natürliche Vegetationsdecke und setzen so die Oberfläche des Bodens starken Herbstregen aus, was zu einer Verringerung der Wasserspeicherung und zur Vernichtung seiner Produktionskapazität führt.

Die Mischung aus Konsum, drastisch steigendem Wasserverbrauch – „der Feriengast verbraucht dreimal so viel Wasser wie der ständige Bewohner“ – und einem veraltetem Wasserversorgungsnetz überfordert viele Gemeinden. Über mehr als ein Dutzend Kommunen wurde im Sommer der Wassermangel-Ausnahmestand verhängt. In der Ägäis sind bereits 57 Entsalzungsanlagen in Betrieb. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung auf den Kykladen-Inseln nutzt Wasser aus derartigen Anlagen. Auch gegen die Brände ist der Staat ungenügend gerüstet. Bei der Feuerwehr sind 4.000 Planstellen unbesetzt, die Hälfte der Einsatzfahrzeuge ist älter als 20 oder 30 Jahre. Ich will hier aber nicht nur von Dystopie reden:

- Griechenland schreitet in der Abkehr von Braunkohlenutzung und in regenerativer Stromerzeugung schnell voran. 2023 kamen 57 % des Strombedarfs aus erneuerbaren Energiequellen.

- Bioanbau in Hellas hat sich zwischen 2014 und 2022 fast verdreifacht. Über 61.000 Landwirte produzieren ökologisch.

- Die Rechte von Menschen, die sich der LGBTQ-Community zuordnen, haben sich verbessert. Im Februar 2024 wurde das Gesetz zur Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Ehe verabschiedet, das erste Mal in einem orthodox-geprägten Land.

(F 23) Und in Kalamata sahen wir solche E-Bike Stationen: Ausleihe und Aufladen kostenlos.

(F 24) Griechenland: die GEAS-Blaupause

Fast 33.000 Menschen flohen bis September 2024 nach Griechenland – **dem** Transitland für die Flucht aus Afghanistan, Iran, Syrien, Türkei. 2023 waren es 60.000. Knapp 90 Prozent nahmen den Weg über die Ägäis auf die griechischen Inseln. Eine davon ist Kos. Das Flüchtlingslager auf dieser Insel wurde als Blaupause für die neue europäische Migrationspolitik gebaut. Die EU hat das Lager

für mehr als 34 Millionen Euro errichtet. Es gilt als Pilotprojekt: Im Zuge der EU-Asylreform GEAS entstehen andernorts baugleiche Lager mit denselben Verfahrensabläufen. Aber dieses Projekt zeigt: Das Konzept ist zum Scheitern verurteilt.

Umgeben ist das Lager auf Kos von einem meterhohen Nato-Zaun, der zusätzlich mit Stacheldraht gesichert ist. Dahinter erstreckt sich auf einer Fläche von 90 Hektar, gespickt mit Wachtürmen und Masten mit Kameras, das „Closed Controlled Access Center“, in das Asylsuchende zuerst verbracht werden. 120.000 solche Haftplätze sind EU-weit für die Realisierung von GEAS geplant.

(F 25) Nichts an diesem Ort ist Zufall – auch, dass es keinen Schutz vor der Sonne und nicht einmal Sonnensegel gibt. Die Nahrungsmittel decken den Bedarf nicht. Für die medizinische Versorgung fehlen Ärzte. AnwältInnen wird der Zugang für die Rechtsberatung erschwert. Den Betroffenen ist oft nicht klar, wie die Prozesse ablaufen, weil Übersetzer fehlen. Es gibt Berichte über kaputte Klimaanlage in den Wohncontainern, defekte Klospülungen, Kakerlaken.

Besucher dürfen die Wohncontainer nicht betreten. Selbst die AnwältInnen der Asylsuchenden haben noch nie einen von innen gesehen. Auch Fotos gibt es keine, weil die Bewohner ihre Handys nur behalten dürfen, wenn sie die Kamera zerstören. Die Menschen dürfen hier nicht kochen, es gibt keine Gemeinschaftsräume. Zugang zu einem der Lager zu bekommen, ist schwierig. JournalistInnen bekommen in der Regel keinen. Immer wieder werden sie auf den Ägäischen Inseln aufgegriffen, verhört und im schlimmsten Fall der Spionage angeklagt.

(F 26) In einem Teil des Lagers, der Abschiebehäft, sind jene untergebracht, deren Asylantrag abgelehnt wurde oder deren Antrag gar nicht zulässig ist. So ergeht es vielen Menschen aus Afghanistan, Syrien, Pakistan oder Somalia. Der Grund: der EU-Türkei-Deal. Die Menschen seien über die Türkei und damit einen „sicheren Drittstaat“ eingereist und müssten dorthin zurück, besagte dieser. So sieht es auch das GEAS vor. Tatsächlich schiebt die Türkei Menschen in großer Zahl nach Afghanistan, nach Syrien und in andere Konfliktregionen ab. Und seit März 2020 hat es praktisch keine Rückführung von Griechenland in die Türkei mehr gegeben, weil die Türkei diesen Teil des Deals aufgekündigt hat.

Fünf Monate verbringen die abgelehnten Asylbewerber in Haft. Danach werden sie entlassen und haben 25 Tage Zeit, die EU zu verlassen. In der Regel tauchen sie nun unter. Werden sie gefasst, werden sie erneut zurück zum Lager gebracht. Manche Menschen sind über Jahre in diesem Kreislauf gefangen.

Wer Asyl bekommt, wird trotzdem in die Illegalität gedrängt: 30 Tage nach einer positiven Asyl-Entscheidung müssen Geflüchtete das Lager verlassen. Da haben sie noch keine neuen Ausweise – die Erstellung dauert. In der Regel landen die Betroffenen zunächst in der Obdachlosigkeit. Ohne Papiere haben sie keine Aussicht auf legale Arbeit oder eine Wohnung. Das ist die Gelegenheit für Menschenhändler. Oft folgen illegale Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft, im Tourismus, in der Sexarbeit. Sobald sie ihre Papiere haben, wollen viele Geflüchtete weg aus Griechenland, wo sie keinen Anspruch auf Sozialhilfe haben. Viele Menschen beantragen dann erneut Asyl in einem anderen EU-Land. Deutschland versucht in der Regel, diese Personen wieder zurück nach Griechenland abzuschicken. Das scheitert in der Regel, weil die Situation dort für die Betroffenen so schlecht ist, dass sie Menschenrechte verletzt – wie Gerichte festgestellt haben. Dann bekommt die Person ein neues Asylverfahren in Deutschland.

(F 27) Flüchtlingslager Korinth: Hilfe durch Sozialpraxis

Amnesty International berichtet über schlechte Bedingungen in vielen griechischen Lagern, die fehlende Privatsphäre und über die unzureichende Versorgung mit Körperpflegemitteln – eine Seife pro zwei Zimmer, keine Hygieneartikel und Windeln für Kinder, so dass einige den ganzen Tag eine Windel tragen müssen. Dasselbe haben wir in einem Flüchtlingslager bei Korinth erlebt, als wir dieses mit einem Team der Sozialpraxis Korinth besuchten.

(F 28) Am Eingang strenge Kontrollen, Einlass an sich nur mit Genehmigung vom Ministerium – aber wir werden auf Fürsprache einer dort tätigen Rote-Kreuz-Mitarbeiterin hin eingelassen. Sie steht in ständigem Kontakt mit dem Team der Sozialpraxis und teilt mit, an welchen notwendigen Artikeln es im Lager gerade am meisten mangelt.

Sie beantwortete geduldig alle unsere Fragen. In dem Lager leben zur Zeit ungefähr 500 Personen,

darunter 68 Kinder. Bei Ankunft werden sie registriert und in das Asylanerkennungsverfahren geschickt. Das halboffene Lager ist nur für Menschen, die Papiere haben, deren Anerkennungsverfahren mit positiver Perspektive verläuft, aber noch nicht abgeschlossen ist. Sie können nach Registrierung und Kontrolle aus dem Lager raus, wie sie möchten. Die Kinder können zur Schule gehen. Die Geflüchteten im Lager dürfen arbeiten gehen. Sie sind hauptsächlich als Hilfskräfte auf dem Feld tätig. Wenn der europäische Asylpakt in Kraft tritt, könnte damit Schluss sein. Arbeit außerhalb der Lager ist danach für Asylbewerber nicht zulässig. Schulbesuch der Kinder auch nicht. Doch bisher werden auch in anderen Lagern, die schon länger betrieben werden, die Bestimmungen des Paktes nicht voll durchgesetzt. Im bisherigen Lager auf Lesbos können z.B. noch NGOs tätig sein, ein neues nach GEAS-Muster kann wegen Widerstand der Einheimischen nicht in Betrieb gehen.

(F 29) Die Geflüchteten im Korinther Lager erhalten eine Unterstützung von 70-80 € im Monat. Für Kinder gibt es noch einen Zuschuss. Eine Familie erhält auf jeden Fall nicht mehr als 500 € im Monat. 43° heiß im Schatten war's im Sommer, im Lager gibt es aber kaum Schatten. Die Menschen leben dort in großen Gemeinschaftszelten, wo im Sommer eine unerträgliche Hitze geherrscht haben muss. Das Lagergelände sieht aufgeräumt, ordentlich, sauber –und trostlos aus. Ähnlich wie auf Kos müssen die Geflüchteten das Lager nach Beendigung des Anerkennungsverfahrens verlassen und erhalten keine weitere Unterstützung.

(F 30) Sozialpraxisteam sorgt für notwendiges Minimum

Im Lager sehen wir ein Auto von Ärzte ohne Grenzen, ansonsten gibt es dort keine Behandlungsmöglichkeiten. Die Geflüchteten können ansonsten bei Krankheiten das örtliche Krankenhaus aufsuchen. Das Team der Sozialpraxis stellt die Medikamente, Fiebermittel, Verbandsmaterialien und Hygieneartikel zur Verfügung, die die Geflüchteten wegen der geringen Unterstützung nicht bezahlen können.

In einem zweiten Lager nebenan, wo keiner raus- und reinkommt und wo auch die Sozialpraxis keinen Zugang hat, sind Menschen, die keine Papiere haben bzw. die nicht als asylberechtigt anerkannt werden. Das ist eine Art Gefängnis. 2021 beging dort ein kurdischer Asylbewerber Selbstmord, nachdem er 16 Monate festgehalten worden war. Im März 2024 wurde über den Selbstmord eines Ägypters und einen Hungerstreik berichtet. Dieser hob die anhaltenden schlechten Lebensbedingungen und missbräuchliche Behandlung durch Haftpersonal hervor.

(F 31) Pushbacks und Kriminalisierung: Geschätzt 30.000 Menschen seit 2013 auf Flucht über Mittelmeer ertrunken...

... seitdem die EU-Staaten die Seenotrettung weitgehend eingestellt haben. Die EU-Organisation Frontex überwacht das ganze Meer und registriert jedes Boot – verhilft aber nicht zur Rettung Schiffbrüchiger.

Seit Jahren gibt es Berichte, dass Griechenland Flüchtende zurück über den Grenzfluss Evros oder ins Meer zwingt, anstatt sie zu retten. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat Griechenland 2024 erneut deswegen verurteilt. Immer wieder vom Zurückschleppen von Flüchtlingsbooten in türkische Gewässer berichtet. NGOs berichten von physischer Gewalt bei diesen Pushbacks, bei denen den Flüchtlingen alle Habseligkeiten gestohlen oder sie gar auf Schwimmkörpern auf dem Meer ausgesetzt wurden und die Küstenwächter danach Wellen erzeugten, so dass sie zu kentern drohten. Auch Geflüchtete, die es schon bis Griechenland geschafft hatten, berichten von Festnahmen, Inhaftierungen, bei dem ihnen alles abgenommen worden sei, und Rücktransporten auf das Meer auf nicht manövrierfähigen Rettungsflößen.

Ein Bericht der BBC dokumentierte 43 Todesfälle, die sich zwischen Mai 2020 bis 2023 ereignet haben sollen. Überlebende berichteten dort von direkter Gewalt, erzwungenen Rückführungen und dem Aussetzen in seeuntauglichen Booten. Die griechische Küstenwache wies alle Vorwürfe zurück, doch Aufnahmen und Zeugenaussagen legen nahe, dass solche Aktivitäten systematisch und absichtlich durchgeführt worden sind. Ein Überlebender aus Kamerun berichtete beispielsweise, wie er ins Meer geworfen wurde; zwei seiner Begleiter seien ertrunken. Mindestens neun von den 43 seien absichtlich ins Meer geworfen worden, berichtet die BBC.

(F 32) Ein besonders schreckliches Beispiel von unterlassener Hilfeleistung war das Schiffunglück vor Pylos. Am 14. Juni 2023 kenterte dort ein Schiff mit ca. 700 Flüchtenden, nachdem es von einem Boot der griechischen Küstenwache begleitet und nach einem Motorschaden beobachtet worden war. Die Not an Bord war offensichtlich, aber die Küstenwache unternahm nichts, um die Menschen vom Schiff zu holen. Geflüchtete berichteten, dass dann Abschleppversuche der Küstenwache zum Kentern geführt hätten. Ca. 600 Menschen ertranken dabei, 104 wurden gerettet. Eine Anwältin berichtete uns, dass diese gleich abgeschirmt und in ein Registrierungszentrum verbracht wurden, den Anwälten wurde der Zugang verweigert. Das sei jetzt das normale Verfahren. Neun der Geretteten wurden gleich als angebliche Schleuser und Verursacher des Unglücks inhaftiert.

(F 33) Ein Jahr saßen sie in Kalamata im Gefängnis, bis das dortige Gericht Griechenland für nicht zuständig erklärte – die 600 seien in internationalen Gewässern ertrunken. Weitere Gerichtsverfahren zur Verantwortung für diese Todesfälle gibt es nicht.

Andere Gerichtsverfahren gibt es genug. Lt. einer Studie von medico international zu 81 Gerichtsverfahren gegen vermeintliche Schmuggler werden Geflüchtete unter dem Vorwurf der Schlepperei drakonisch abgeurteilt. Nehmen sie, wenn die Schleuser das Schiff verlassen hatten, die Steuerpinne in die Hand, sind sie dran. Unerlaubte Einreise wird so durch die Hintertür zu einem Schwerverbrechen gemacht, das teilweise härter geahndet wird als Mord. Bei Verhören auf der Polizeistation haben die Beschuldigten in der Regel keinen Zugang zu Rechtsbeistand, auch die Übersetzung ist meist unzureichend. Und alle Menschen, mit denen medico international sprach, berichten von Gewalt – vor, während und nach den Verhören, bis hin zu Folter, etwa durch Schläge oder Essensentzug, durch die Geständnisse erzwungen wurden. Vielen wurden irgendwann Papiere zum Unterschreiben auf Griechisch vorgelegt, die sie nicht verstanden. Das passiert in der Phase der Verhaftung. In untersuchten Fällen kamen 84 Prozent aller verhafteten Menschen dann direkt in Untersuchungshaft.

Die Gerichtsverfahren dauerten in den untersuchten Fällen im Schnitt gerade einmal 37 Minuten. Oft gibt es keine Zeit, um die Verteidigung vorzubereiten, und es fehlt ein juristischer Beistand bzw. dieser wird den Angeklagten erst zu Beginn des Prozesses zur Seite gestellt. Die Beschuldigten wurden im Schnitt zu 46 Jahren Haft sowie einer Geldstrafe von 330.000 Euro verurteilt

(F 34) – über 2000 Geflüchtete sitzen derzeit in griechischen Gefängnissen. Neben der Abschreckung hat die Kriminalisierung von sog. Fluchthelfern auch den Effekt, dass diese Prozesse die Seenotrettungsorganisation im östlichen Mittelmeer völlig zerschlagen haben und dass es heute auf Lesbos überhaupt keine NGO-Boote zur Seenotrettung mehr gibt.

(F 35) Ehrenamtliche medizinische Hilfe

Zum Schluss möchte ich den Bogen noch einmal zur Tätigkeit der Sozialpraxis Korinth schlagen. Nicht nur die Kosten einer Behandlung halten Menschen von medizinischer Versorgung ab, sondern auch der Eigenanteil bei der Finanzierung der Medikamente. 2020 mussten 49 % der Arzneimittelversorgung privat bezahlt werden. Einer von vier Bürgern verzichtet auf medizinische Versorgung mit Medikamenten, weil er es sich nicht leisten kann. So sind auch immer weniger Kinder komplett geimpft, weil die Vorsorgeprogramme eingedampft wurden und somit viele Impfungen aus eigener Tasche finanziert werden müssen.

Doch auch hier gibt es Lichtblicke: Bei einer Recherche fand ich 14 ehrenamtlich und sieben als rein kommunale Einrichtungen tätige Sozialkliniken und -apotheken, die Medikamente kostenlos an Bedürftige austeilen. So auch in der Sozialpraxis Korinth: Bei unseren Besuchen sahen wir dort immer wieder gesammelte oder gespendete Medikamente aufgestapelt. Eine Gruppe von Rentnerinnen organisiert damit die Versorgung von Bedürftigen. Sie sichtet und sortiert die gespendeten Medikamente und verteilt sie anschließend nach einer von der Kommune erstellten Liste. Das Team der Sozialpraxis hat seinen Anspruch, Teil einer breiten Solidaritätsbewegung zu sein, aufgeben müssen. Es ist heute rein karitativ tätig – und das macht ihm echt zu schaffen. Doch auch das ist ja eine politische Botschaft – erst recht die Versorgung von Migranten. Deshalb möchte ich hier noch mal um Unterstützung ihrer Tätigkeit bitten.